

Mam Gummi an d'Schoul

Sie sind blau. Es sind über hundert Stück und sie tragen die Flower-power-Aufschrift "Don't die for Love - use a condom". Die Rede ist von Kondomautomaten, die demnächst in den postprimären Schulen aufgestellt und vom Gesundheitsministerium geliefert werden sollen. Die Aktion, die sich auch in das Konzept "Santé pour tous" der Weltgesundheitsorganisation einreih, das sich insbesondere um das Wohlbefinden der Jungen sorgt, will gegen Nachlässigkeiten der Verhütung mobil machen. "Die Kondomschachtel zu jeweils 20 Cent soll Jugendliche sensibilisieren, sich wirksam vor übertragbaren Krankheiten wie Aids zu schützen und ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden", so Mars Di Bartolomeo. Immerhin hatte Luxemburg letztes Jahr 63 Neuinfektionen mit dem HIV-Virus zu vermelden. Zudem ist auch die Anzahl der schwangeren Teenager in den letzten Jahren gestiegen. Zusätzlich zu den Automaten organisiert der "Service de la Coordination de la Recherche et de l'Innovation Pédagogiques et Technologiques" (SCRIPT) mit der "Aidsberodung" und der "Division de la médecine scolaire" Informationskampagnen für Schüler und Weiterbildungskurse für Lehrer in punkto sexueller Aufklärung. Auch der Planning Familial soll stärker eingebunden werden.

Haro sur les transporteurs et les hébergeurs

Le Luxembourg va bientôt transposer des directives européennes qui visent à renforcer le dispositif répressif envers les étrangers en situation irrégulière. La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) s'étonne de ces transpositions, alors que d'autres directives, plus favorables aux étrangers, restent sans suite. Depuis 1995 les transporteurs, qui font entrer des demandeurs d'asile dont la demande est déclarée par la suite non recevable, sont passibles d'une amende. Cette amende va tripler, ce qui renforcera l'attitude des transporteurs de refuser tout passager sans papiers valables - donc aussi ceux qui auraient pu obtenir l'asile. Dorénavant les transporteurs devront faire parvenir certaines données relatives aux passagers aux autorités du pays d'accueil, mais aucune garantie n'est donnée quant à la destruction de ces données dans les 24 heures qui suivent. La CCDH voit ici une atteinte au droit au respect de la vie privée. Selon les vœux du gouvernement, l'aide à l'entrée, au transit et au séjour de personnes sans papiers sera dorénavant punie, même si elle est humanitaire. La commission parlementaire concernée a tenté de réintroduire l'idée que seul le but lucratif serait punissable, mais son amendement ne dit pas clairement, si l'hébergement d'une personne sans autorisation de séjour pourra être sanctionné ou non.

Passagierdaten-Transfer legalisiert

Eine Woche nach Ablauf des Ultimatums des Europäischen Gerichtshofs war es so weit: EU und USA einigten sich in Luxemburg auf ein Interim-Abkommen über den Transfer von Flug-Passagierdaten. Der Gerichtshof hatte im Mai das Antiterror-Abkommen von 2004 für illegal erklärt, weil es keinen ausreichenden Datenschutz garantiere. Das neue Abkommen gewährleiste "rechtliche Kontinuität", sagte EU-Justizkommissar Franco Frattini. Dem Deal nach, der bis Mitte 2007 gilt, dürfen US-Behörden nicht mehr direkt auf die Buchungssysteme der Airlines zugreifen, sondern müssen die bis zu 34 Datensätze, die in den Computersystemen gespeichert sind, gesondert anfragen. Ob dieses Abkommen tatsächlich mehr Schutz als die vorhergehende Fassung liefert, ist noch fraglich. Der Text sei datenschutzrechtlich nicht ausgewogen, beklagte Alexander Alvaro (FDP), der Koordinator im zuständigen Ausschuss des Europaparlaments. Das Abkommen ermögliche die kontinuierliche Plünderung der persönlichen Daten von EU-Passagieren, so Cem Özdemir, der für die Grünen im Ausschuss sitzt. EU-Kommissar Franco Frattini hatte seinerseits darauf hingewiesen, dass auch die EU vom vereinfachten Informationsaustausch Gebrauch machen möchte, und somit die Datensätze von US-Bürgern nutzen will.

"Es ist zynisch, den einzelnen Menschen als den Regisseur seiner Verhältnisse zu bezeichnen, wenn Arbeitsplätze fehlen oder die Ausbildungsanforderungen ihn völlig überfordern."
Der Professor für Sozialpädagogik Hans Thiersch verteidigt sein Konzept von Empowerment gegen dessen Vereinnahmung durch Neoliberale.

(Foto: Christian Mosar)



SOZIALE ARBEIT

Aktivierung ja, Abbau nein

woxx: *In der Debatte über einen modernen Sozialstaat fällt häufig das Wort Eigenverantwortung. Wo sehen Sie den Sinn und den Unsinn dieses Konzepts?*
Hans Thiersch: Die soziale Arbeit hat seit langem das Ziel, die Menschen zu befähigen, mit ihren eigenen Verhältnissen geschickt umzugehen. Eigenverantwortung als Ziel drückt sich aus in Begriffen wie Hilfe zur Selbsthilfe oder Empowerment. Dazu gehört, dass wir mit den Menschen herausarbeiten, wo ihre eigenen Stärken liegen, und nicht nur, wo ihre Probleme liegen. Die moderne Sozialarbeit nutzt zum Beispiel die Konzepte von Bourdieu und schaut, was das individuelle Kapital und was das soziale Kapital ist. Sie sucht innerhalb der vorhandenen persönlichen Ressourcen nach Möglichkeiten der Unterstützung und des Ausbaus der Fähigkeit zur Selbsthilfe.
Kritiker befürchten, dass zu viel Unterstützung zu Abhängigkeit statt zu Selbsthilfe führt.
Grundsätzlich geht die soziale Arbeit davon aus, dass es Verhältnisse gibt, in denen Menschen geholfen werden muss, damit sie lernen können, selbstständig zu sein. Laut neoliberaler Kritik soll jedoch jeder Mensch erst einmal sehen, dass er zurecht kommt, ohne dass er Hilfe bekommt. Das fördere die Selbständigkeit, heißt es. Doch den Menschen als Ich-AG oder als den Regisseur seiner Verhältnisse zu bezeichnen, ist zynisch, wenn zum Beispiel die Ausbildungsanforderungen ihn völlig überfordern, die schulischen Erwartungen überzogen sind, die Arbeitsbedingungen ein gedeihliches Familienleben unmöglich machen.
Die meisten Liberalen befürworten doch auch eine gewisse Unterstützung von Hilfsbedürftigen.

Es ist eine Frage der Gewichtung. Für die einen steht die Idee einer Verpflichtung zur Unterstützung im Zentrum und die Suche danach, wo überall noch Hilfe gebraucht wird. Den anderen geht es darum, nach überflüssigen Hilfsleistungen Ausschau zu halten. Für die Liberalen steht eine alte Angst im Vordergrund: Dass die Menschen faul werden, wenn man sie zu viel unterstützt. Das wird dann als soziale Hängematte oder Konsumverhalten gegenüber von Sozialleistungen bezeichnet. Diese Kritik geht häufig damit einher, dass man das reale Elend leugnet, die reale Überforderung nicht zur Kenntnis nimmt. Ich nenne das die Dethematisierung des Sozialen.
Gibt es denn nicht Bereiche, in denen eine Überversorgung dem Empowerment zuwider läuft?
Bevor man die Menschen zur Selbsttätigkeit auffordert, wie es die Liberalen tun, muss man sich aber die realen Verhältnisse ansehen. Kann man angesichts der fehlenden Arbeitsplätze von einer Überversorgung der Betroffenen reden? Wenn jemand erfolglos 50 Bewerbungen geschrieben hat, dem kann man nicht einfach sagen, er soll sich doch mal anstrengen. Auch die Debatte zum sozialen Missbrauch darf man nicht losgelöst

sehen von den anderen Missbräuchen in unserer Gesellschaft. Es ist schon bemerkenswert, wie genau man bei den Armen hinsieht und bei den Reichen nicht.
Auch wenn wir das Thema Überversorgung beiseite lassen: Dass die Menschen sich passiv versorgen lassen, entspricht nicht Ihrem Ideal der sozialen Arbeit.
Die Kritik, man verwöhne die Leute zu sehr, bezieht sich zurzeit weniger auf die soziale Arbeit als auf die Sozialversicherungen, auf die darin enthaltenen Fällen kann ich hier nicht eingehen. Es scheint mir aber unglücklich, wenn man die soziale Arbeit, die seit langem das Konzept des Empowerments hat, umstandslos in diese Diskussion hineinzieht. Bei der Arbeitslosenbetreuung jedenfalls, wo die beiden Bereiche ineinander übergehen, ist der Zynismus besonders krass. Denn es ist klar, dass Arbeitsplätze fehlen, und zwar vor allem für nicht so qualifizierte Menschen. Die brauchen ohne Zweifel Hilfe, um in der modernen Wissensgesellschaft ihre Chancen zu verbessern.
In Luxemburg entstehen zurzeit viele Arbeitsplätze, auch für unqualifizierte Arbeitskräfte. Diese Stellen werden größtenteils von Grenz-

gängern besetzt. Stützt das nicht die These, wonach die Eigeninitiative der Arbeitssuchenden entscheidend ist?
Ich kenne die konkrete Situation in Luxemburg nicht. Aber die Veranstalter des Seminars haben mir heute erzählt, wie sie es schaffen, schwer vermittelbare Menschen so weit zu qualifizieren, dass sie einen Job finden können. Entscheidend ist, dass die Menschen die notwendige Unterstützung bekommen, um sich am Arbeitsmarkt zu beteiligen.
Wie stehen sie zur Forderung der Neuen Linken, die den Respekt des Individuums gegen staatliche Bevormundung einklagen?
Die Hinterfragung der staatlichen Versorgungsmechanismen durch linke Bewegungen ist sicherlich berechtigt. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass die soziale Arbeit die Menschen nicht stigmatisiert und sie in vorgefasste Definitionen einsperrt. Es geht darum, die Stärken und Ressourcen der Menschen zu erkennen, und nur da zu helfen, wo keine Ressourcen sind. Und sie als Bürger zu respektieren. Auch wenn die Bürgergesellschaft neuerdings ja gerne als Alibi für den Abbau des Sozialstaats benutzt wird.
Wie bewerten sie den, auch in Luxemburg in Mode gekommenen, Begriff der Aktivierung?
Im Prinzip ist es das, was die Sozialarbeit immer gewollt hat: Empowerment. Doch die Reformen, die derzeit konkret stattfinden, sind eher missglückt. Zum Beispiel Hartz IV: Richtig ist, die Arbeitsprobleme ernst zu nehmen bei unserer Beratungstätigkeit. Aber ich habe den Eindruck, dass jetzt die sozialarbeiterischen Ansätze untergehen in einer nackten Arbeitsvermittlungspolitik. Die Frage, was die Fähigkeiten des Einzelnen sind, die Anforderungen des Arbeitsmarkts zu bewältigen, wird völlig verdrängt von der Bürokratie der Vermittlung.

Interview: Raymond Klein

Hans Thiersch
Als Koautor des Handbuchs Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist Hans Thiersch (71) für viele im sozialen Sektor Aktive eine Referenz. Im Rahmen einer Fachtagung "20 Joer Schläifmillen" hatte ihn Inter-Actions am vergangenen Dienstag nach Luxemburg eingeladen. Dort leitete er einen Workshop zum Thema "Soziale Gerechtigkeit zwischen Eigenverantwortlichkeit und sozialstaatlicher Verantwortung". Seine jüngste theoretische Veröffentlichung, "Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung" ist 2005 im Juventa-Verlag erschienen.